

19. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **S-47 von Bhf. Schöneweide bis Spindlersfeld zweigleisig ausbauen und zusätzlichen Haltepunkt Rudower Straße prüfen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber der Deutschen Bahn AG im Rahmen des Projekts i2030 dafür einzusetzen, die S-47 von Bhf. Schöneweide bis Spindlersfeld zweigleisig auszubauen und einen zusätzlichen Haltepunkt Rudower Straße zu prüfen. Dabei sollen auch die Haltepunkte modernisiert und Lärmschutz gemäß den aktuellen Bedingungen eingerichtet werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2024 zu berichten.

---

### ***Begründung***

Neue Investitionen am Behrensufer in Milliardenhöhe am Standort der DIE AG in Oberschöneweide erfordern neben der von dieser AG finanzierte Verkehrsinfrastruktur, u. a. einer zusätzlichen Brücke zwischen Oberschöneweide und Niederschöneweide Richtung Adlershof, auch öffentliche Investitionen.

So ist der Abzweig der S-47 ab Bahnhof Schöneweide nach Spindlersfeld bisher nur eingleisig befahrbar und daher nur mit längeren Taktzeiten anfahrbar.

Hier wäre neben der erforderlichen Zweigleisigkeit für eine höhere Zugtaktung auch ein zusätzlicher Haltepunkt an der Rudower Straße zu prüfen, um dieses Gebiet des Teils Niederschöneweides östlich der B96a noch besser anzubinden, und damit die neu entstehende zusätzliche Brückenverbindung Niederschöneweide-Oberschöneweide beidseitig gut erreichbar zu machen.

Da ein zusätzliches zweites Gleis verlegt wird ist der Lärmschutz auf dieser Trasse an die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, ggf. durch Neubau von Lärmschutzwänden etc.

Der von der Bahn in Zusammenarbeit mit Berlin und Brandenburg in Arbeit befindliche Prozess i2030 zum Netzausbau und zur Modernisierung des schienengebundenen Nahverkehrs (S-Bahn und Regionalbahn) sollte genutzt werden, um auch dieses Teilstück mit einzubeziehen und zukunftssicher auszubauen.

Berlin, den 11.03.2024

Dr. Brinker Gläser Wiedenhaupt Bertram  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion